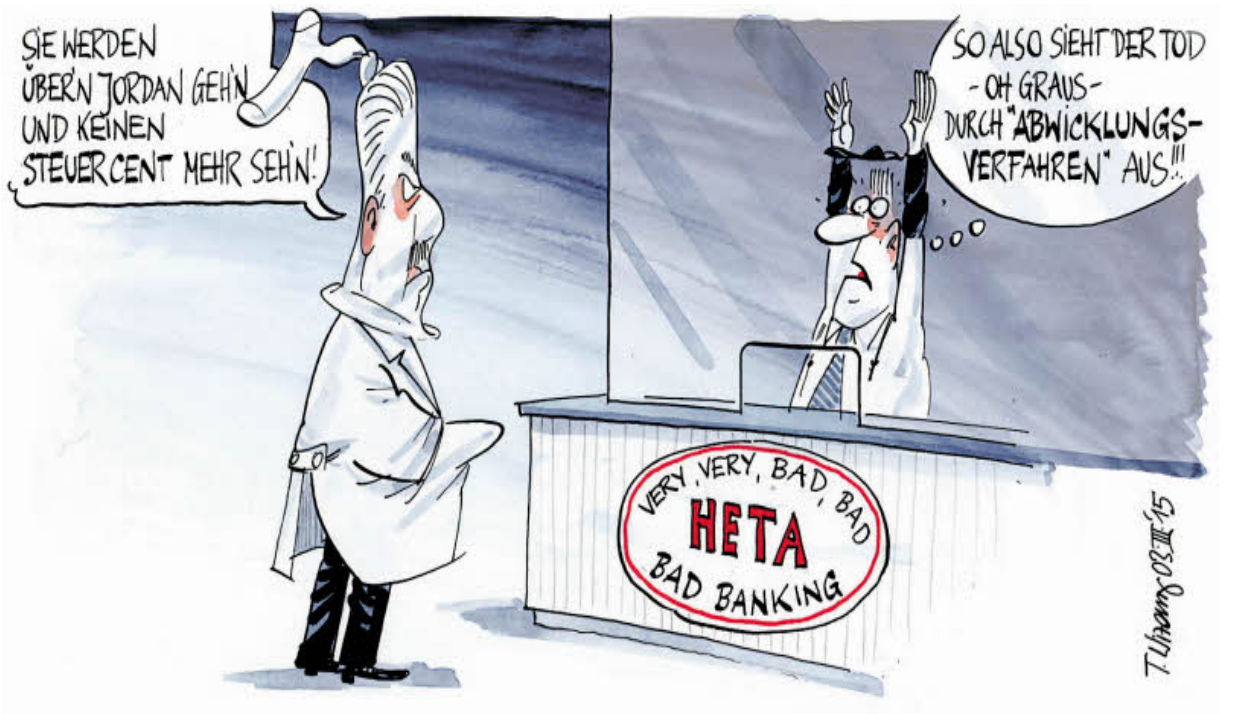

Bad-Bank Überfall . . . WWW.SALZBURG.COM/WIZANY

Eine Reform für die Bildungsbürokraten

GLOSSE
Andreas Koller

Neues aus dem Reformstauhaus Österreich: 2009 haben sich die Landeshauptleute dafür ausgesprochen, dass die Lehrer in die Kompetenz der Länder, die Qualitätskontrolle und der Lehrplan in die Kompetenz des Bundes ressortieren sollen. Jetzt – also kaum ein halbes Dutzend Jahre später – steht man bei diesen Reformvorhaben vor einem „Durchbruch". Sagte zumindest der burgenländische LH Hans Niessl am Montag. Die kleine Meldung illustriert trefflich die Unreformierbarkeit unseres Landes. Denn bei der schulpolitischen Kompetenzaufdröselung, an der die Bildungspolitiker aus Bund und Ländern seit Menschengedenken erfolglos herumdoktern, handelt es sich um eine rein verwaltungstechnische Frage. Um eine Frage, die für die Betroffenen – nämlich die Schülerinnen und Schüler – ebenso irrelevant ist wie für die Qualität des Bildungsangebots. Die nun möglicherweise (oder auch nicht – warten wir's ab) stattfindende Reform hat den alleinigen Zweck, die Bildungsbürokraten aller Gebietskörperschaften zufriedenzustellen. Und die Schüler? Lernen aufgrund dieser Vorkommnisse wenigstens, wie ihr Heimatland tickt.

Das blaue Wunder von Gurk

Er ist 78, umstritten und wurde wegen Nazi-Sagern aus der FPÖ ausgeschlossen. Bei der Kärntner Gemeinderatswahl schaffte Siegfried Kampl locker die absolute Mehrheit.

MARTIN BEHR

KLAGENFURT. Im vergangenen September war die Aufregung groß. Nachdem der Gurker FPÖ-Bürgermeister Siegfried Kampl in einem Interview den Satz „Nur von dem, was sie gemacht haben, distanziere ich mich, nicht vom Nationalsozialismus" gesagt hatte, gab Bundesobmann Heinz-Christian Strache ihn persönlich zum Abschuss frei: „Jemand, der mit dem Nationalsozialismus liebäugelt, hat in der FPÖ nichts verloren." Der aus der FPÖ ausgeschlossene 78-jährige Politiker feierte bei der Gemeinderatswahl am Sonntag eine fulminante Auferstehung: Der umstrittene Langzeitbürgermeister wurde mit 58,4 Prozent wiedergewählt.

„Ich war schon der Meinung, ein ähnliches Ergebnis wie 2009 schaffen zu können", sagte Kampl, der seinen Parteiausschluss immer als „unrechtmäßig" und „nicht statutenkonform" bezeichnet hatte, am Montag. Als BZÖ-Ortschef hatte der stets treue Jörg-Haider-Freund bei der vergangenen Wahl noch 47,7 Prozent der Stimmen erreicht. Er habe seither eine gute kommunalpolitische Arbeit gemacht und die lokale FPÖ-Ortsgruppe sei immer zu 100 Prozent hinter ihm gestanden. Der Spitzenkandidat von „Die Freiheitlichen in Gurk/Pisweg Liste Bürgermeister Siegfried Kampl" hat sich mittlerweile auch ganz von der Kärntner FPÖ abgenabelt. „Mit Landesparteiobmann Christian Ragger habe ich nichts mehr zu tun." Ob ihm der Parteiausschluss nach den Nazi-Sagern politisch geschadet oder nicht doch genützt habe, könne er nicht beantworten: „Ich weiß es nicht." Tatsache ist: Gegen ihn ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen Verhetzung und Verstoßes gegen das Verbotsgesetz. Für die Politologin Kathrin Stainer-Hämmerle ist das Motiv für den hohen Zuspruch für Kampl klar: „Da kam die der FPÖ nicht fremde Jetzt-erst-recht-Gesinnung zum Ausdruck." Eine rechts angesiedelte Wählerschaft wolle sich eben weder von der EU noch von den Medien, aber auch nicht von Parteiobmännern in Wien oder Klagenfurt etwas vorschreiben lassen. Die Region Gurktal sei traditionell eine freiheitliche Hochburg, die jetzt – nach dem überraschenden Ergebnis in Gurk – wieder in den Fokus der Medien geraten werde: Dies werde dem Image Kärntens nicht sehr zuträglich sein. Nachsatz: „Freilich hat das Land mit der Hypo ganz andere Probleme als einen Bürgermeister, der sich in gesichtlichen Fragen offenbar nicht bewusst ist, was er mit seinen Worten auslösen kann." Der „Fall Kampl" sei, sagt Stainer-Hämmerle, ein erschütterndes Detail, aber kein Drama für das Land. Siegfried Kampl hatte einst auf dem Innsbrucker Parteitag 1986 den damals neuen Obmann Jörg Haider gemeinsam mit Reinhart Gaugg auf seinen Schultern getragen. Er machte auch die Wendungen seines Vorbilds mit: von der FPÖ zum BZÖ, später dann zur FPK und wieder zur FPÖ, ehe er 2014 ausgeschlossen wurde. Kampl war bereits in den 1990er-Jahren mit Sätzen wie „Wenn es den Hitler nicht gegeben hätte, wäre Österreich jetzt kommunistisch" einschlägig aufgefallen. Im Jahr 2005 sorgte er im Bundesrat mit einer Rede für Empörung, in der er Wehrmachtsdeserteure als „zum Teil Kameradenmörder" titulierte und davon sprach, dass es nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Österreich eine „brutale Naziverfolgung" gegeben habe.

Siegfried Kampl BILD: SN/APA(SCHLAGER)

Wer auf der FPÖ-Homepage die Ortsgruppe Gurk anklickt, wird Kampl nicht finden. In der 1300-Seelen-Gemeinde ist der 78-Jährige dennoch in aller Munde. Wo das Haider-Denkmal „Verbindende Hände" steht und der „Zwergenpark Gurktal" um Touristen buhlt, wird Kampl 2016 ein rundes Jubiläum feiern: 25 Jahre Bürgermeister.

Islamgesetz: Muslime klagen Muslime

Es geht um die Frage, ob Geld aus dem Ausland floss.

WIEN. Innerhalb der muslimischen Community kehrt rund um das Islamgesetz keine Ruhe ein. Die Muslimische Jugend Österreich (MJÖ) wolle nun den Präsidenten der Islamischen Glaubensgemeinschaft (IGGiÖ) klagen, hieß es am Montag. Fuat Sanaç hatte behauptet, die Jugendorganisation wolle aus dem Ausland enthaltene Gelder nicht deklarieren. Seit der Kritik am Islamgesetz und den Rücktrittsforderungen der MJÖ an Sanaç würden „von unterschiedlichen Stellen Verleumdungen und Lügen" über die MJÖ verbreitet, findet die Jugendorganisation, die nicht offiziell der IGGiÖ angegliedert ist. In der ORF-Sendung „Heimat fremde Heimat" hatte der IGGiÖ-Präsident über die MJÖ behauptet: „Dieser kleine Verein bekommt natürlich vom Ausland Gelder [. . .] und sie wollen diese nicht deklarieren, das ist ihre Sorge." Bei der Muslimischen Jugend will man sich gegen diese Aussage wehren: „Wir freuen uns, diese erlogene Behauptung nun endlich juristisch ein für allemal zu klären", heißt es in deren Aussendung. „Unsere Rechtsanwälte sind beauftragt und so treffen wir uns bald vor dem Gericht", so die Sprecherin der MJÖ, Dudu Kücükgöl. SN, APA

Mehr Politik für Lehrlinge

WIEN. Eine neue Lehrlingsoffensive hat Nationalratspräsidentin Doris Bures (SPÖ) präsentiert. Ein eigenes Lehrlingsparlament im März und ein Lehrlingsmodul bei der Demokratiewerkstatt im Herbst sollen die „große und wichtige Zielgruppe" der Lehrlinge mit Demokratie vertraut machen. Bundesjugendvertretung und Gewerkschaftsjugend begleiten das Projekt.

Am 4. und 5. März werden 96 Lehrlinge aus zehn Betrieben am ersten Lehrlingsparlament teilnehmen. Sie werden in die Rolle von Abgeordneten schlüpfen, und so einen Einblick in den „Gesetzwerdungsprozess" bekommen, so Bures. SN, APA

Länder wollen alle Lehrer haben

Verwaltungsreform: Landeshauptleute berichten von „Durchbruch".

WIEN. Vor einer entscheidenden Neuerung könnte die Schulverwaltung stehen. Nicht nur die Lehrer an den Pflichtschulen, sondern alle Lehrer sollen künftig von den Bundesländern verwaltet werden.

Ein entsprechender Durchbruch in den Verhandlungen mit dem Bund sei „so nahe wie noch nie", berichtet der burgenländische Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ). Die Länder fordern diese Kompetenzverlagerung seit vielen Jahren, stießen dabei aber immer auf den Widerstand des Bundes. Nun gebe es erstmals positive Signale von Unterrichtsministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ), sagt Niessl.

Die Kompetenzverteilung im Schulbereich ist ein Beispiel für ineffiziente Verwaltung. Während im Bereich der allgemeinbildenden und berufsbildenden höheren Schulen für alles der Bund zuständig ist, ist die Kompetenzverteilung bei den Pflichtschulen komplizierter. Die äußere Schulorganisation im Pflichtschulbereich – also etwa welche Schulformen es gibt und wie lang sie dauern – kommt dem Bund zu, Ausführungsgesetze und Vollziehung fallen in die Landeszuständigkeit. Schulerhalter der Pflichtschulen sind entweder Gemeinden oder Gemeindeverbände oder das jeweilige Bundesland.

Die Bezahlung der Pflichtschullehrer erfolgt durch den Bund. Er entscheidet je nach Schulform, wie viele Lehrer pro Schüler angestellt werden dürfen. Stellen die Länder mehr Lehrer ein, müssen sie dem Bund die Kosten dafür ersetzen, allerdings nicht die tatsächlichen Kosten, sondern einen Pauschalbetrag. Und da dieser Betrag geringer ist als die tatsächlichen Ausgaben, gibt es darüber regelmäßig Streit.

Eine einheitliche Verwaltung durch die Länder soll hier Einsparungen bringen. Die Lehrpläne werden aber jedenfalls Bundessache bleiben. SN, APA

KURZ GEMELDET

Arbeitsfreier Sonntag für Europa

WIEN. Für eine Verankerung des arbeitsfreien Sonntags in der EU-Arbeitszeitrichtlinie macht sich der Linzer Bischof Ludwig Schwarz stark. Der gemeinsame Ruhetag sei „wesentlicher Ausdruck des europäischen Sozialstaatsmodells" und sei zudem „ganz wesentlich" menschenwürdiges Wirtschaften, sagte der Bischof. SN, APA

Ehrenmitglied in Päpstlicher Akademie

WIEN. Papst Franziskus hat den Sozialwissenschafter Prof. Herbert Schambeck zum Ehrenmitglied der Päpstlichen Akademie für Sozialwissenschaften ernannt. SN, APA